

Oliver Marchart

Eine demokratische Gegenhegemonie
Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe*

»Demokratie muß nicht – und kann auch nicht – radikal gegründet werden. Wir können uns einer demokratischeren Gesellschaft nur durch eine Pluralität von Demokratisierungsakten nähern.« Ernesto Laclau (2002: 120)

Mit ihrem 1985 erschienenen und 1991 ins Deutsche übersetzten Buch *Hegemonie und radikale Demokratie* erweiterten und aktualisierten Ernesto Laclau und Chantal Mouffe die Hegemonietheorie Gramscis in vielerlei Hinsicht. Unter anderem wirkte ihre diskurstheoretische Reformulierung des Ansatzes Gramscis weit hinein in die Demokratietheorie und die *New Social Movement*-Forschung. Laclau und Mouffe reagierten damals auf soziale Protestformen, die mit der Gramsci'schen Metapher des »modernen Fürsten« nicht überzeugend abzubilden waren. Was für Gramsci noch in der Parteiform verkapselt war, hatte sich für Laclau und Mouffe in eine Vielzahl von Subjektpositionen zerstreut: »das Auftauchen des neuen Feminismus, die Protestbewegungen der ethnischen, nationalen und sexuellen Minderheiten, die anti-institutionellen, von marginalisierten Schichten der Bevölkerung geführten Kämpfe, die Anti-Atomkraft-Bewegung, die atypischen Formen des sozialen Kampfes an der kapitalistischen Peripherie« (1991: 33). Zugleich stellte sich unter diesen Bedingungen die Frage der Demokratie neu. Jene gegenhegemoniale Anstrengung, die aus der Artikulation und damit Verknüpfung unterschiedlicher emanzipatorischer Subjektpositionen zumindest potentiell erwachsen konnte, sollte – aus Laclau und Mouffes Perspektive – einen radikal demokratischen Charakter besitzen. Damals wie heute geht es, so die Ausgangshypothese dieses Beitrags, nicht so sehr um ein – ohnehin schwer denkbares – Überschreiten des Horizonts von Demokratie *tout court* als um den Aufbau einer *demokratischen Gegenhegemonie*, das heißt, um eine gegenhegemoniale Anstrengung der Demokratisierung der Demokratie unter Bedingungen ihrer zunehmenden autoritären und neoliberalen Entdemokratisierung. Nach einer kurzen Darstellung der wesentlichen Verschiebungen, die Laclau und Mouffe im marxistischen Diskussionszusammenhang angestoßen haben, werde ich ihre diskurstheoretische Revision Gramscis vorstellen, um schließlich auf ihr Projekt radi-

* Die Abfassung dieses Textes wurde ermöglicht durch das im Rahmen einer SNF-Förderungsprofessur geförderte Projekt »Protest als Medium – Medien des Protests«.

kaler Demokratie und die Frage des Aufbaus einer demokratischen Gegenhegemonie zurückzukommen.

1. Hegemonie und Demokratie: Vier Verschiebungen in der Debatte

Laclau und Mouffe wurde immer wieder vorgeworfen, sie hätten unter dem kontroversen Titel *Postmarxismus* den Marxismus verlassen und sich, wie Terry Eagleton es einmal ausdrückte, auf den langen Weg von Saussure zur Sozialdemokratie gemacht. Mit dieser Kritik, wo sie denn ernst zu nehmen ist, wird übersehen, dass Laclau und Mouffe's Ansatz nicht nur post-marxistisch ist, sondern zugleich neo-gramscianisch. Solange Gramsci nicht aus der Geschichte des Marxismus herausretuschiert wird, können auch Laclau und Mouffe diesen Geschichtszusammenhang nicht gänzlich verlassen haben. Was heißt also Postmarxismus? Der Begriff wird seit den 1980er Jahren in keiner genau geregelten Weise verwendet und beschreibt mehr eine Tendenz als eine Schule. Lechte (1994: 175-200) fasst unter der Eintragung Postmarxismus aus so unterschiedlichen Traditionen stammende PhilosophInnen wie Theodor Adorno, Hannah Arendt, Jürgen Habermas, Ernesto Laclau und Alain Touraine zusammen. Selbst der aus dem amerikanischen Pragmatismus schöpfende Cornel West bezeichnet seine Arbeit gelegentlich als postmarxistisch. Neben dieser losen Verwendung des Begriffs Postmarxismus wird der Begriff als programmatischer Titel nur von Laclau und Mouffe, insbesondere in *Hegemony and Socialist Strategy*, weniger in ihren späteren Arbeiten verwendet. Ihr Postmarxismus sollte jedoch nicht, wie dies oft in denunziatorischer Absicht geschieht, mit einem Ex-Marxismus verwechselt werden, da der Bruch mit dem Marxismus auf bestimmte marxistische Traditionslinien beschränkt bleibt – historisch beginnend mit der zweiten und dritten Internationale bis hin zu den verschiedenen gegenwärtigen Engführungen wie z.B. jenen der retro-ökonomistischen Wertkritik. Worin also Laclau und Mouffe mit ihrer postmarxistischen Aufnahme und Radikalisierung der Ökonomismuskritik Gramscis brechen, ist nicht ›der Marxismus‹, der ohnehin nur als abstrakter Allgemeinbegriff existiert, sondern bestimmte metaphysische Engführungen innerhalb des marxistischen Traditionszusammenhangs.

Laclau und Mouffe argumentieren dabei aus einer prekären Position heraus, die gleichermaßen innerhalb wie außerhalb des Marxismus lokalisiert ist. So findet auch die von ihnen angestrebte Dekonstruktion des Marxismus im doppelten Modus der Destruktion *und* Konstruktion statt: die Totalitäts- und Determinationsvorstellung des Marxismus wird destruiert, während das Soziale und die Politik als diskursive Räume neu konzeptualisiert und damit hegemonialer Artikulation aufgeschlossen werden. Laclau und Mouffe betonen diese Doppelgesichtigkeit des Namens Post-Marxismus: »Wenn jedoch unser intellektuelles Projekt in diesem Buch *post-marxistisch* ist, dann ist es augenscheinlich ebenso *post-marxistisch*« (Laclau/Mouffe 1991: 37). Die Betonung dieses Chiasmus unterscheidet Postmarxisten von Ex-Marxisten und ermöglicht eine Reihe produktiver theoretischer und politischer Verschiebungen der marxistischen Debatte. Hinsichtlich der Frage nach einer

neo-gramscianischen demokratischen Gegenhegemonie sei auf zumindest vier dieser Verschiebungen innerhalb der marxistischen und, allgemeiner, sozialwissenschaftlichen Debatte hingewiesen, die mit *Hegemonie und radikale Demokratie* angestoßen wurden.¹

Erstens kommt es über die Stärkung der gramscianischen Tradition innerhalb des Marxismus zu einer Schwächung marxistischer Determinismen. So kritisieren Laclau und Mouffe im politisch-historischen Teil von *Hegemonie und radikale Demokratie* am Marxismus vor allem der zweiten und der dritten Internationale dessen Totalitätsanspruch, Klassenreduktionismus, Revolutionismus, sowie dessen historischen und ökonomistischen Determinismus. Kritisiert werden also jene Marxisten, die den Anspruch erheben, die Totalität der gesellschaftlichen Phänomene zu erklären, indem sie letztere auf ökonomische Basisprozesse zurückführen (ökonomischer Determinismus) und einer historischen Teleologie einschreiben (»Gesetze der Geschichte«), derzufolge eine einzige Klasse aufgrund ihrer ökonomischen Position dazu bestimmt sei (Klassenreduktionismus), die Menschheit qua Revolution ein für allemal zu befreien (Revolutionismus).

Es mag eingewandt werden, dass jene kruden Reduktionismen, die »Überbauphänomene« – darunter das Politische – als reine Widerspiegelungen ökonomischer Interessen gemäß der Stellung der Akteure im Produktionsprozess deuten, nicht dekonstruiert werden müssten, da sie kaum noch vertreten werden. Doch Laclau und Mouffe machen einen ähnlichen Reduktionismus auch im aktuelleren strukturalen Marxismus Louis Althusser's aus, dem Ökonomie nur mehr in jenem Ausmaß als Determinante gilt, in dem sie einer gegebenenfalls außerökonomischen Instanz die Funktion der Dominante zuweist. Obwohl diese Theorie selbst als Kritik des klassischen Ökonomismus und der Hegelschen expressiven Kausalität auftritt, bricht die bloße Verschiebung der Determination ins letzte Glied noch keineswegs vollständig mit den reduktionistischen Annahmen älterer Modelle. Erst ein erweitertes Hegemoniekonzept wird es Laclau und Mouffe erlauben, die strenge topographische Ebenenunterscheidung zwischen »Basis« und »Überbau« zu unterlaufen. Hegemonie wird zum zentralen Konzept einer Gesellschaftstheorie, der ihr Gegenstand – »Gesellschaft« als objektive Totalität – abhanden gekommen ist, und die nun die kontingenten politischen Bemühungen um die partielle Konstruktion von Gesellschaftseffekten beschreiben muss. So verfolgen Laclau und Mouffe in Kapitel I und II ihres Buches die Genealogie des Hegemoniebegriffs von der russischen Sozialdemokratie bis zu Gramsci, um in Kapitel III ihre eigene Hegemonietheorie zu entwickeln. Mit Hegemonie, nunmehr konzeptualisiert als Logik des Politischen, unterlaufen sie die marxistischen Ebenenunterscheidungen zwischen der ökonomischen Basis und Politik als Überbau. Das Politische lässt sich nicht länger auf ein bestimmtes Feld oder eine Ebene von Gesellschaft reduzieren, sondern wird verstanden als strategisches

1 Als eine weitere Verschiebung kann der Import post-strukturalistischer Theorien in die marxistische Debatte bzw. – umgekehrt – die hegemonietheoretische Politisierung des Poststrukturalismus gewertet werden (s. dazu Critchley / Marchart 2004).

Terrain hegemonialer Artikulation, das alle Bereiche der Zivilgesellschaft, der Ökonomie wie auch des Staates im engeren Sinne umfasst. Alle sozialen Relationen sind hegemonialer Artikulation geöffnet, während die Kategorie von Gesellschaft als Gesamtensemble angebbarer Teilbereiche kein theoretisch gültiges Objekt darstellt.

Zweitens, und daran anschließend, dekonstruieren Laclau und Mouffe die privilegierte Rolle der Ökonomie im Marxismus durch einen *discursive turn*, den sie in die marxistische Diskussion einführen. Das Soziale wird nun gleichumfänglich mit dem Diskursiven, Gesellschaftstheorie wird zu Diskurstheorie, politische Analyse zu Diskursanalyse (und umgekehrt). Dahinter verbirgt sich keineswegs ein weiterer Reduktionismus, denn Diskurs bei Laclau und Mouffe ist kein bloßer Teil des ›ideologischen Überbaus‹, sondern umfasst sowohl linguistische wie nicht-linguistische Praxen, inklusive ihrer Verfestigung in soziale Institutionen, Strukturen und Funktionen. Diskurs – und darin eingeschlossen: Macht – ist deshalb nicht länger als eine ›Ebene‹ sozialer Wirklichkeit zu verstehen, sondern wird zum eigentlichen ›Medium‹, worin gesellschaftliche Wirklichkeit verhandelt und fixiert wird. Auf diese Weise erheben Laclau und Mouffe den Hegemoniebegriff Gramscis nicht nur zum Schlüsselkonzept einer allgemeinen Sozialtheorie, sondern operationalisieren Hegemonie zugleich diskursanalytisch. Das bringt weder Ökonomie noch Staat zum Verschwinden, wie von traditionsmarxistischer wie regulationstheoretischer Seite gelegentlich unterstellt; es erzwingt allerdings die theoretische Rekonzeptualisierung von Ökonomie und Staat als Schnittmengen einer Vielzahl von Diskursen (Rechnungs-Diskursen, Informations-Diskursen, Autoritäts-Diskursen, technischen Diskursen), die jene traditionell strikt unterschiedenen Ebenen von Basis und Überbau – oder auch von Staat und Gesellschaft – durchkreuzen, ja quer zu ihnen liegen. Schließlich wird das Phantasma ökonomischer Zwangsgesetze endgültig verabschiedet, denn wenn Ökonomie (und dasselbe gilt für den Staat im engen Sinn), letztlich wie jede andere ›Sphäre‹ der Gesellschaft diskursiv strukturiert ist, dann wird auch sie zum Terrain politischer und mithin hegemonialer (Re-)Artikulation. Die Konsequenzen für Gesellschaftstheorie in der marxistischen Tradition, das soll nochmals unterstrichen werden, sind dramatisch. Da für Laclau und Mouffe das Diskursive eben immer hegemonial geformt wird, da es also keinen Diskurs gibt, der nicht zugleich Ausdruck hegemonialer Artikulation ist, bleibt Hegemonie der Name für die jetzt *diskurstheoretisch* zu fassende operative Logik des Politischen und werden Hegemonietheorie, Diskurstheorie und Gesellschaftstheorie auch philosophisch reformulierbar im Sinne einer Theorie des Politischen (Mouffe 2005, Marchart 2007).

Drittens führt die Kritik am Klassenreduktionismus orthodoxer Marxismen zu einer neuen Sensibilität gegenüber politischen Kämpfen, die nicht aus den scheinbar objektiven Bedingungen der Klassenlage ableitbar sind. Wenn das Politische auf keiner tieferen Instanz gegründet ist, wenn es – umgekehrt – konstitutiv in bezug auf das Soziale ist, dann wird kein einziger sozialer Akteur eine ›ontologisch‹ privilegierte Rolle in der Gesellschaft in Anspruch nehmen können. Als politischer Akteur verliert ›Klasse‹ jegliches ontologische Privileg gegenüber anderen Akteuren (zugleich verliert die Partei ihr epistemologisches Privileg als Akteur, der um die

›Gesetze der Geschichte‹ weiß, in denen sich das ontologische Privileg der Klasse niederschlug). Stattdessen sind wir mit einer potentiell endlosen Kette sozialer Akteure konfrontiert, die ihre Identitäten – wie Geschlechtsidentität, ›Ethnizität‹ oder sexuelle Orientierung – um alles andere als um einen Klassenkern herum artikulieren. War es in der marxistischen Linken Tradition, alle gesellschaftlichen Kämpfe ausschließlich unter der Perspektive ihres Klassencharakters zu beurteilen, so wurde es mit der Desintegration der Klassenparteien und dem vermehrten Auftreten eigen-sinniger Kämpfe politisch unmöglich, diese umstandslos auf Nebenwidersprüche zurückzuführen bzw. einem Hauptwiderspruch zu subsumieren:

»Der unbefriedigende Begriff ›neue soziale Bewegungen‹ faßt eine Reihe höchst unterschiedlicher Kämpfe zusammen: urbane, ökologische, anti-autoritäre, anti-institutionelle, feministische, anti-rassistische sowie ethnische, regionale oder sexuelle Minderheiten. Ihr gemeinsamer Nenner wäre ihre Unterscheidung von Arbeiterkämpfen als »Klassen«-kämpfen. Es ist sinnlos, auf der problematischen Natur dieses letzteren Begriffs zu bestehen: Er verschmelzt eine Reihe ganz unterschiedlicher Kämpfe auf der Ebene der Produktionsverhältnisse, die sich von den ›neuen Antagonismen‹ dadurch unterscheiden, daß sie nur allzu deutlich das Beharren eines Diskurses enthüllen, der auf dem privilegierten Status der ›Klassen‹ beruht. Was uns also bei diesen neuen sozialen Bewegungen interessiert, ist nicht die Vorstellung ihrer willkürlichen Zusammenfassung zu einer der Kategorie der Klasse entgegengesetzten Kategorie, sondern die *neue* Rolle, die sie in der Artikulation dieser schnellen Verbreitung sozialer Konfliktualität auf immer zahlreichere Verhältnisse spielen, die für fortgeschrittene Industriegesellschaften heute charakteristisch sind.« (Laclau und Mouffe 1991: 219-20)

Die *Neuen Sozialen Bewegungen* sind darin neu, »daß sie neue Formen der Unterordnung in Frage stellen« (220). Während Laclau und Mouffe natürlich nicht die einzigen waren, die in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren das Phänomen der *Neuen Sozialen Bewegungen* ›entdeckten‹, waren sie doch sicherlich jene, die am präzisesten und schlüssigsten die Konsequenzen dieses Phänomens für ein gegenhegemoniales Projekt der Linken ausbuchstabierten. Denn mit dem Auftreten äußerst diverser Kämpfe wurde die Notwendigkeit und zugleich Schwierigkeit deutlich, sie einer gemeinsamen gegenhegemonialen Artikulation zuzuführen, ohne der einen oder anderen Gruppe ein ontologisch abgesichertes Führungsprivileg zuzugestehen. Laclau und Mouffe begegneten dieser Schwierigkeit, indem sie im letzten Kapitel ihres Buches das Projekt einer »radikalen und pluralen Demokratie« vorschlugen.

Viertens wird also unter dem Titel einer radikalen und pluralen Demokratie ein gegenhegemoniales emanzipatorisches Projekt formuliert. ›Radikal‹ wird dieses Projekt genannt, weil eines seiner Ziele in der Ausweitung egalitärer Verhältnisse auf immer weitere Arenen des sozialen Lebens besteht. ›Plural‹ wird es genannt, weil die relative Autonomie der Forderungen einzelner Gruppen akzeptiert und zu einer breiteren gemeinsamen Bewegung – zu einer Äquivalenzkette – artikuliert werden muss. Als ›demokratisch‹ schließlich kann das Projekt gelten, weil »die Umwandlung der liberal-demokratischen Ideologie zum ›common sense‹ westlicher Gesellschaften die Grundlage für diese immer weiter gehende Herausforderung des hierarchischen Prinzips bildete, die Tocqueville ›Angleichung der Bedingungen‹ nannte« (220). Seit der von Claude Lefort im Anschluss an Tocqueville so bezeichneten *de-*

mokratischen Revolution hat sich der Diskurs der Demokratie zu einem unübersteigbaren imaginären Horizont erweitert, an den neu auftretende emanzipative Projekte anschließen können und müssen, wollen sie hegemoniefähig sein. Von diesem Punkt aus wird Chantal Mouffe in einer Reihe von Büchern (vgl. Mouffe 1992, 1993, 2000, 2005) das Projekt radikaler Demokratie im Verhältnis zum politischen Liberalismus wie auch zu Denkern wie Carl Schmitt weiterentwickeln, während Ernesto Laclau (2002) in die Debatte um radikale Demokratie mit einer Reflexion auf die Geschichte und Theorie der Emanzipation sowie auf das Verhältnis zwischen Partikularismus und Universalismus eingreifen wird.

Wie leicht zu sehen ist, sind die vier erwähnten Verschiebungen miteinander verknüpft. Ein klassistischer und ökonomistischer Marxismus wäre weder in der Lage, das Auftreten *Neuer Sozialer Bewegungen* analytisch zu fassen, noch würde ein gegenhegemoniales Projekt auf Basis einer klassenreduktionistischen Politik heute irgendeine Aussicht auf Erfolg haben. Schließlich gibt uns die diskurstheoretische Reformulierung der Hegemonietheorie Gramscis die analytischen Instrumente an die Hand, um hegemoniale Formationen angemessen beschreiben zu können, denn als Diskurstheorie geht sie weder von überkommenen Ebenenunterscheidungen noch von der essentialistischen Annahme präkonstituierter politischer Subjekte aus, ist doch die Identität dieser Subjekte so wie die Struktur hegemonialer Formationen selbst Produkt diskursiver Artikulation, nicht umgekehrt. Damit geht es nun aber darum, die Konstitution sozialer Akteure und politischer Projekte im Medium des Diskurses zu verfolgen und nicht etwa aus scheinbar objektiven, außer-diskursiven Bedingungen abzuleiten. Um diese Behauptung plausibler zu machen, soll im Folgenden, bevor ich auf das an den *Neuen Sozialen Bewegungen* geschulte Projekt radikaler Demokratie zurückkomme, die postmarxistische Revision Gramscis in ihren Umrissen rekapituliert werden.

2. Die post-marxistische Revision Gramscis

In ihrer Genealogie des Begriffs der Hegemonie – von seinen frühen Anfängen in der russischen Sozialdemokratie bis Gramsci – zeichnen Laclau und Mouffe nach, wie der Begriff auf eine Krise innerhalb der marxistischen Theoriebildung antwortet, die sich – abstrakt formuliert – im Rückzug des Horizonts der Notwendigkeit und im zunehmenden Sichtbarwerden von Kontingenz ausdrückt. Die Krise des Marxismus resultierte aus dem Ausbleiben der Krise des Kapitalismus. Der Zusammenbruch des Kapitalismus sollte ja direkt den inneren ökonomischen Widersprüchen des Kapitalismus selbst entspringen. Vorhergesagt war die Vereinfachung und Homogenisierung der Sozialstruktur – die Transformation der Mittelklassen und der Bauern in ein anwachsendes Proletariat – als Voraussetzung für die proletarische Revolution. Dies mag in den Jahren zwischen 1873 und 1896, in denen der Kapitalismus tatsächlich in eine lang anhaltende ökonomische Krise geraten war, eine gewisse Plausibilität besonders für die deutsche Sozialdemokratie gehabt haben, doch nach seiner Erholung war die Hoffnung auf den unmittelbaren Zusammenbruch des

Kapitalismus verfliegen. Die Sozialdemokratie stand, wie das Frühchristentum, vor jenem Problem, das man theologisch als Parusieverzögerung bezeichnen würde: die Revolution blieb aus. Statt zu der vorhergesagten zunehmenden Homogenisierung der Sozialstruktur qua Proletarisierung der Bauern und Mittelklassen kam es zur Reorganisation des Kapitalismus und zur zunehmenden sozialen Fragmentarisierung [**Fragmentierung?XXX**] und Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche. So entsprach der ›Nullpunkt‹ der Krise des Marxismus der Phase des kapitalistischen Booms zwischen der Jahrhundertwende und 1914.

Laclau und Mouffe verfolgen drei innermarxistische Antworten auf die Krise des Marxismus. Die erste Antwort bestand paradoxerweise in der Verfestigung der gerade von der Wirklichkeit widerlegten klassischen Annahmen zu einer marxistischen Orthodoxie durch Kautsky und Plechanow. Mehr denn je koppelt sich die Theorie von der durchaus pragmatischen politischen Praxis der Sozialdemokratie ab und wird nun zum eigentlichen Garanten der ›notwendigen Gesetze der Geschichte‹. Man könnte sagen: Auf die Widerlegung der Theorie durch die Wirklichkeit antwortet die Orthodoxie mit der Widerlegung der Wirklichkeit durch die Theorie. Das hat nichtsdestotrotz Auswirkungen auf die Politikkonzeption der Orthodoxie. Politik wird zum reinen Überbauphänomen, in dem sich die Position der Akteure im Produktionsprozess bloß spiegelt, weshalb für Klassenbündnisse wenig Platz bleibt, denn am Ende des Tages wird die Revolution eine rein proletarische sein. Das Ergebnis war eine (Nicht-)Politik des Abwartens.² Die revisionistische Kritik an der Orthodoxie stellt die zweite Antwort dar. Der Revisionismus Bernsteins führt die neue Annahme einer gewissen Autonomie des Politischen gegenüber dem Ökonomismus der Orthodoxie ins Feld. Die Arbeiterklasse hatte sich als durchaus fragmentiert erwiesen und konnte nur, so Bernstein, durch den politischen Akteur der Partei vereinheitlicht werden – nicht durch ökonomische Automatismen und ›notwendige Gesetze‹. Und doch stößt Bernstein noch nicht zu einer wirklichen ›Logik der Kontingenz‹ und damit der Hegemonie vor. Denn für Bernstein akkumulierte sich jeder politisch errungene Fortschritt zu einem irreversiblen weiteren Schritt auf dem Treppchen hin zur Befreiung der Arbeiterklasse. Laclau und Mouffe (75) beschreiben das u.a. anhand der revisionistischen Staatstheorie. War für die Orthodoxie der Staat einfach ein Instrument der Klassenherrschaft, so verlor für Bernstein der Staat mit seiner zunehmenden ›Demokratisierung‹ seinen Klassencharakter und wurde zu einem Staat des ›ganzen Volkes‹. Doch diese Demokratisierung des Staates war für Bernstein, der sich von der Fortschrittsteleologie nicht verabschieden konnte, eine Notwendigkeit der historischen Entwicklung. Dass von einer solchen Irreversibilität kumulierter Errungenschaften keine Rede sein konnte, wurde spätestens vom Faschismus bewiesen. Mit der dritten Antwort, der des revolutionären Syndikalismus, wird die Logik der Notwendigkeit erschüttert. Bei Sorel ist die Identität der sozialen Akteure keineswegs durch die ökonomische Basis vorgegeben,

2 Diese Politik der Nicht-Politik hat, worauf Chantal Mouffe (2005) hinweist, späte Nachfolger in der (Nicht-)Politik des Abwartens bei Hardt und Negri gefunden.

sondern stellt sich erst her durch die organisierende Funktion des Mythos des Generalstreiks »als ein auf der Basis der Verstreuung der Subjektpositionen gebildeter ideologischer Verdichtungspunkt für die proletarische Identität« (81). Da der syndikalistische Generalstreik aber letztlich noch zu sehr dem Phantasma des singulären großen Bruchs anhängt, kann er bei Sorel problemlos zusammengehen mit einer weitgehenden Verwerfung des politischen Kampfes. Die Logik der Kontingenz, die vom Syndikalismus als Reaktion auf die Krise des Marxismus entwickelt wurde, kann also ihre ganze politische Kraft gar nicht entfalten.

Für Gramsci wird sich Sorels Idee eines organisierenden Mythos als inspirativ erweisen, doch sein zentrales Konzept, den Begriff der »Hegemonie«, übernimmt er von Plechanow, Axelrod und Lenin. Wie Laclau und Mouffe hervorheben, bricht das Hegemoniekonzept der russischen Sozialdemokratie keineswegs so radikal mit der Logik der Notwendigkeit wie der Sorel'sche Generalstreik. Die ursprüngliche Version des Begriffs hat die Funktion eines Supplements im Derrida'schen Sinne. Es wird entwickelt, weil in der Situation Russlands die schwach entwickelte Bourgeoisie ihrer historischen ›Aufgabe‹ der Herstellung politischer Freiheit nicht gerecht wird und die Arbeiterklasse stellvertretend eingreifen muss. So eröffnet Hegemonie den Akteuren einen gewissen politischen Handlungsspielraum, da ihre Rolle nicht ausschließlich von ihrer Klassenposition vorherbestimmt wird. Doch sogleich wird der Handlungsspielraum eingeengt, insofern die Übernahme der Aufgabe rein instrumentell ist und die Identität der Klasse, die sie übernimmt, nicht tangiert. Noch bezeichnet Hegemonie also ein rein äußerliches Bündnis zwischen Klassen (unter der Führung der Arbeiterklasse). Hegemonie bleibt ein Nullsummenspiel, in dem immer schon vorgängig gegebene Akteure ihre Identität unabhängig von hegemonialen Verknüpfungen beibehalten. Das Bündnis des Proletariats mit anderen Klassen ist rein manipulativ und ändert nichts an der Klassenidentität der Arbeiter. Zum »gramscianischen Wendepunkt« kommt es, wie Laclau und Mouffe darlegen (109), sobald Gramsci das Konzept hegemonialer Verknüpfung über das leninistische Konzept des Klassenbündnisses hinaus erweitert.

Die historische Ernüchterungserfahrung, aus der heraus Gramscis Konzept entwickelt wurde, könnte man vielleicht am besten mit dem Schlagwort vom *zweiten Ausbleiben der Revolution* fassen. Nicht nur hatte die einzige sozialistische Revolution entgegen allen Voraussagen nicht im wirtschaftlich fortschrittlichsten Land Europas mit der stärksten Arbeiterbewegung stattgefunden (Deutschland), sondern bekanntlich in einem der industriell ›rückschrittlichsten‹ (Russland), auch die vorhergesagten Anschlussrevolutionen im Westen fanden nach Ende des Ersten Weltkriegs entweder nicht statt oder scheiterten kläglich. In dieser Phase der Ernüchterung, nachdem der Moment der Revolution ungenutzt vorübergezogen war, beginnt aufzukommen, was Stuart Hall (1991) »Gramscis Frage« nennt:

»Gramsci had to confront the turning back, the failure, of that moment: the fact that such a moment, having passed, would never return in its old form. Gramsci, here, came face to face with the revolutionary character of history itself. When a conjuncture unrolls, there is no ›going back‹. History shifts gears. The terrain changes. You are in a new moment. You have to attend, ›violently‹, with all the ›pessimism of the intellect‹ at your command, to the ›discipline of the conjuncture‹.« (1991: 115)

Gramscis Antwort auf die neue historische Konjunktur musste Auswirkungen auf den Theoriebau des Marxismus haben: In den Ländern des Westens mit ihrer vergleichsweise stärker entwickelten Zivilgesellschaft ist eine Revolution nicht mit der Stürmung des Winterpalais erledigt, sondern muss in einem mühsamen Stellungskrieg auf dem Terrain der Zivilgesellschaft vorbereitet werden. Demgemäß übernimmt eine Klasse nicht den Staat (im engen Sinn), sondern *wird* Staat (im erweiterten Sinn). Hegemonie besteht in der Erringung moralischer und intellektueller Führung auf dem komplexen Terrain der Zivilgesellschaft, wobei der politische Akteur, in dem moralische und intellektuelle Führung zu einer höheren Synthese findet, nicht mehr eine einzelne Klasse ist, sondern ein »Kollektivwille«.³ Und so wie das politische Subjekt über das bloße Klassensubjekt hinausgeht, so gehen Gramscis Begriffe von Ideologie als »organischem Zement« und das artikulatorische Prinzip des »historischen Blocks«, in dem Institutionen und Apparate zu einem organischen Ganzen artikuliert sind, über die traditionelle Basis/Überbau-Unterscheidung hinaus: »Für Gramsci sind politische Subjekte strenggenommen keine Klassen, sondern organische ›Kollektivwillen‹; entsprechend haben die ideologischen Elemente, die durch eine hegemoniale Klasse artikuliert werden, keine notwendige Klassenzugehörigkeit.« Gramscis Position sei diesbezüglich eindeutig: »der Kollektivwille ist ein Resultat der politisch-ideologischen Artikulation verstreuter und fragmentierter historischer Kräfte« (Laclau/Mouffe 1991: 111).

Und doch, Laclau und Mouffe machen eine letzte Inkohärenz dieser anti-ökonomistischen Position aus, wodurch das Spiel der Hegemonie eingeschränkt bleibt. Der »verborgene essentialistische Kern« (114) der Position Gramscis liegt in seiner Annahme beschlossen, trotz des relationalen und artikulatorischen Charakters einer hegemonialen Formation müsse es

»in jeder hegemonialen Formation immer ein *einziges* vereinheitlichendes Prinzip geben, und dies kann nur eine fundamentale Klasse sein. Demgemäß sind zwei Prinzipien der sozialen Ordnung – die Einzigartigkeit des vereinheitlichenden Prinzips und sein notwendiger Klassencharakter – nicht das kontingente Resultat eines hegemonialen Kampfes, sondern der notwendige strukturelle Rahmen für jeden Kampf« (113).

Selbst bei Gramsci wird es sich letztlich um ein Nullsummenspiel zwischen der Hegemonie der Bourgeoisie und der potentiellen Hegemonie der Arbeiterklasse handeln, wodurch der hegemonialen Logik der Kontingenz durch eine letzte Bastion der Notwendigkeit Schranken gesetzt bleiben. Laclau und Mouffe werden diesen letzten Klassenkern, der im Wandel hegemonialer Artikulation für Gramsci noch identisch blieb, aus der Hegemonietheorie entfernen. Erst mit dieser entkernten Version wird

3 Für eine ausführliche Darstellung vgl. den Beitrag von Demirovic in diesem Band, XXX.

das ganze Potential des Hegemoniebegriffs freigesetzt, und durch den *discursive turn* wird das Terrain der Klassenanalyse endgültig verlassen. Denn die grundlegenden Analyseeinheiten sind nun nicht mehr sozial objektivierte und ihrer hegemonialen Artikulation vorausgehende (Klassen-)Identitäten, sondern immer erst *zu artikulierende* und im Artikulationsprozess ihre Identität verändernde Diskursformationen. Was eine hegemonietheoretische Diskursanalyse im jeweils gegebenen Fall zu beschreiben hat, sind einerseits jene diskursiven Strategien, durch die die Kohärenz einer bestimmten Diskursformation gewährleistet wird, und ist andererseits das hegemoniale Verhältnis selbst, das in der Übernahme der Aufgabe der Repräsentation eines abwesenden Universellen durch einen partikularen Akteur besteht, der dieser Aufgabe nie gerecht werden kann, weshalb das Spiel der Hegemonie sich als unabstellbar erweist.⁴

Diese zuletzt angesprochene Fassung der Logik von Hegemonie, die Laclau schließlich in *Emanzipation und Differenz* (2002) entwickeln wird, hat demokratietheoretische Implikationen. Laclau wird in der Unüberbrückbarkeit des Spalts zwischen dem Partikularen und dem Universellen, der die eigentliche Bedingung der (Un-)Möglichkeit des hegemonialen Verhältnisses darstellt, auch die Bedingung der (Un-)Möglichkeit von Demokratie sehen:

»Das Universelle ist inkommensurabel mit dem Partikularen und kann doch nicht ohne dieses existieren. Wie ist dieses Verhältnis möglich? Meine Antwort ist, daß dieses Paradoxon nicht gelöst werden kann, aber seine Nicht-Lösung die eigentliche Voraussetzung von Demokratie ist. Die Lösung dieses Paradoxons würde implizieren, daß ein partikularer Körper gefunden worden wäre, der der *wahre* Körper des Universellen wäre. Aber in diesem Fall hätte das Universelle seinen notwendigen Ort gefunden, und Demokratie wäre unmöglich. Wenn Demokratie möglich *ist*, dann weil das Universelle keinen notwendigen Körper und keinen notwendigen Inhalt besitzt; stattdessen wetteifern verschiedene Gruppen miteinander, um ihren Partikularismen eine Funktion universeller Repräsentation zu geben.« (Laclau 2002: 64)

Nur wo das hegemoniale Verhältnis zwischen einem partikularen Akteur und einer universalen, aber letztlich uneinholbaren Aufgabe *als Verhältnis* bewahrt wird – und nicht phantasmatisch zum Kollabieren gebracht wird in Richtung entweder eines radikalen Partikularismus oder eines leeren Universalismus –, dort sind auch demokratische Verhältnisse möglich. Um hegemoniale Verhältnisse sichtbar und revidierbar zu machen, müsste gerade der Asymmetrie zwischen Partikularismus und Universalismus zu Dauer verholten werden. Diese spätere Laclau'sche These ist keineswegs völlig neu, denn schon in *Hegemonie und radikale Demokratie* (1991: 115-6) hieß es, die gramscianische Theorie der Hegemonie akzeptiere »soziale Komplexität als die eigentliche Bedingung des politischen Kampfes«, wodurch sie in Absetzung von

4 Ernesto Laclau hat sowohl die Logik des leeren Signifikanten, als diskursivem Kohärenzgaranten einer diskursiven Formation, als auch das hegemoniale Verhältnis zwischen dem Partikularen und dem Universellen in *Emanzipation und Differenz* (2002) dargestellt. Für eine ausführlichere Zusammenfassung der Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes, die an dieser Stelle aus Platzgründen nicht geleistet werden kann, vgl. Marchart (1994; 1998), Stäheli (2001) und Critchley/Marchart (2004).

der Lenin'schen Theorie der Klassenbündnisse die Grundlage schaffe »für eine demokratische Praxis der Politik, die mit einer Pluralität historischer Subjekte vereinbar ist«. Die Einsicht in die Tatsache, dass eine demokratische Gegenhegemonie nicht von einem *einzigem* Subjekt inkarniert werden kann, muss Auswirkungen auf unsere politischen Strategien haben. Zugleich verschiebt sie unsere Konzeption von Demokratie, die wie von Chantal Mouffe in ihren späteren Arbeiten entwickelt, als pluraler und agonaler Streit konzipiert wird, der keiner endgültigen Schlichtung zugeführt werden kann. Im letzten Teil soll diese Mouffe'sche Ausarbeitung der Idee eines Projekts radikaler und pluraler Demokratie vorgestellt werden.

3. »Agonistischer Pluralismus« und das demokratische Paradoxon

Es sollte deutlich geworden sein, dass das von Laclau und Mouffe ausgehend vom Phänomen *Neuer Sozialer Bewegungen* vorgeschlagene radikaldemokratische Projekt in einem engen Verhältnis zur diskurstheoretischen Erweiterung der Hegemonietheorie steht. Letztere trägt bei zum besseren analytischen wie strategischen Verständnis eines Projekts demokratischer Gegenhegemonie, die *in praxe*, wie Laclau betont, nur um eine hegemonial verkoppelte Pluralität von Demokratisierungsakten herum aufgebaut werden kann. Die letzten Zitate dürften gezeigt haben, dass für Laclau Hegemonie nicht nur ein Name für die Logik oder Funktionsweise politischer Artikulation ist, sondern auch der Name für die Bedingung der (Un-)Möglichkeit von Demokratie als solcher. Bevor ich abschließend auf ein weiteres, diesmal von Chantal Mouffe beschriebenes (Un-)Möglichkeitsparadoxon moderner Demokratie zurückkomme, sollen die *historischen* Ermöglichungsbedingungen angesprochen werden, unter denen das radikaldemokratische Projekt überhaupt formuliert werden kann.⁵ Sie ziehen sich in dem von Tocqueville bzw. Lefort übernommenen Wort von der »demokratischen Revolution« zusammen. Wie Laclau und Mouffe in *Hegemonie und radikale Demokratie* im Anschluss an Lefort ausführen, kam es vor zweihundert Jahren zu einer dramatischen Veränderung im politischen Imaginären des Westens. Zur neuen Matrix dieses Imaginären werden die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, symbolisch verdichtet in der Erklärung der Menschenrechte. An ihnen können emanzipatorische Kämpfe bis heute ansetzen, wollen sie verschiedene Formen der Ungleichheit und Unterordnung als illegitim darstellen. In der »Ausweitung von Gleichheit und Freiheit auf immer größere Bereiche« bestehe, so Laclau und Mouffe, die »tiefe subversive Macht des demokratischen Diskurses« (215). Ungeachtet der von Marx formulierten Kritik an Menschenrechten und bürgerlicher Demokratie knüpfen selbst sozialistische Kämpfe an dem sich ausweitenden Imaginären der demokratischen Revolution an:

5 Zu Laclau und Mouffes Demokratietheorie, in all ihren Implikationen, erschien inzwischen eine nicht mehr übersehbare Vielzahl von Publikationen. Vgl. für eine erste Annäherung Smith (1998), Jörke (2004) und Hetzel (2004).

»Die verschiedenen sozialistischen Diskurse bewirken eine Verschiebung von der Kritik der politischen Ungleichheit auf die Kritik ökonomischer Ungleichheit, die zur Infragestellung anderer Formen von Unterordnung und zur Forderung nach neuen Rechten führt. Die sozialistischen Forderungen müssen deshalb als ein inneres Moment der demokratischen Revolution angesehen werden und sind nur auf der Basis der von ihr errichteten Äquivalenzlogik verständlich. Und die Ausstrahlungseffekte vervielfachen sich in alle möglichen Richtungen. Im Fall des Feminismus ging es für die Frauen zuerst darum, Zugang zu politischen Rechten zu erreichen, später zu ökonomischer Gleichheit – und beim heutigen Feminismus zu Gleichheit im Bereich der Sexualität.« (215)

Die von den *Neuen Sozialen Bewegungen* artikulierten Antagonismen, die nach Laclau und Mouffe durchaus im Zusammenhang mit der doppelten Transformation sozialer Verhältnisse durch das bürokratische Wohlfahrtsstaatsregime der Nachkriegszeit und die ungehinderte Ausdehnung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu sehen sind, werden in ihrer konkreten *politischen Artikulation* nur vor dem Hintergrund eines sich ausweitenden Imaginären verständlich, das ihrer Artikulation einen legitimatorischen Ansatzpunkt bietet. Die Vervielfältigung emanzipatorischer Antagonismen durch die *Neuen Sozialen Bewegung* müsse demgemäß als Vertiefung der demokratischen Revolution betrachtet werden (224). Dass diese Kämpfe nicht notwendigerweise emanzipatorischen Charakter haben, ist Laclau und Mouffe durchaus bewusst; es sind, wir werden gleich darauf zurückkommen, zahlreiche hegemoniale Anstrengungen des Rückbaus der demokratischen Revolution auszumachen. Vorerst ist entscheidend, dass eine linke Alternative nur erfolgversprechend ist, wenn sie sich diesseits der demokratischen Revolution verortet: »Die Aufgabe der Linken kann deshalb nicht darin liegen, auf die liberal-demokratische Ideologie zu verzichten, sondern hat sie im Gegenteil in Richtung auf eine radikale und plurale Demokratie zu vertiefen und auszuweiten« (240). Im Unterschied zum traditionellen sozialistischen Diskurs wird es keinen privilegierten Punkt im Sozialen geben (wie die Ökonomie oder den Staat), von dem aus die Revolution in Gang gesetzt werden könne, denn auch »Rechtsinstitutionen, Arbeitsbeziehungen, die Diskurse des Widerstands marginaler Gruppen konstruieren eigenständige und irreduzible Formen sozialen Protestes und tragen dadurch alle zur diskursiven Komplexität und Reichhaltigkeit bei, auf die sich das Programm einer radikalen Demokratie stützen sollte« (260). Zur Durchsetzung dieses Programms wird es dennoch nötig sein, da das *eine* revolutionäre Subjekt ja nicht länger zu Verfügung steht, die verschiedenen emanzipatorischen Kämpfe zu einem, gramscianisch gesagt, kollektiven Willen oder, in der Begrifflichkeit von Laclau und Mouffe, zu einer Äquivalenzkette zu verknüpfen, und zwar ohne dass deren plurale Autonomie vollständig kassiert würde. Man sieht, wie Laclau und Mouffe das Projekt radikaler Demokratie aus ihrer Hegemonietheorie heraus entwickeln.

In ihrem späteren Werk hat Chantal Mouffe in Auseinandersetzung mit Liberalismus und Kommunitarismus die Idee einer radikalen und pluralen Demokratie, die in *Hegemonie und radikale Demokratie* projektiv vorgeschlagen wurde, zu der eines »agonistischen Pluralismus« oder einer »agonistischen Demokratie« weiterentwickelt. Nun wird die Differenz zwischen liberaler und demokratischer Revolution stärker betont, bzw. im Begriff des *demokratischen Paradoxon* zusammengefasst.

Die Charakterisierung moderner Demokratie, wie sie sich in den letzten zweihundert Jahren im Westen entwickelt hat, als repräsentativ, parlamentarisch, pluralistisch, konstitutionell oder liberal greife allemal zu kurz. Das spezifisch Moderne an dieser Form der Demokratie sei mit diesen Prädikaten noch nicht beschrieben. An Lefort und an C. B. MacPhersons Theorie des liberalen Besitzindividualismus anschließend betont Mouffe, dass jenes Merkmal, welches die moderne Demokratie wirklich *modern* mache, in der Wiederkehr des alten demokratischen Prinzips der Volkssouveränität liege. Nur handelt es sich, wie von einer Dekonstruktivistin, die mit dem Derrida'schen (Quasi-)Prinzip der Iterabilität vertraut ist, zu erwarten, natürlich nicht um die identische Wiederkehr des Gleichen. Das Prinzip der Volkssouveränität kehrt wieder unter veränderten Bedingungen und bedeutet folglich etwas anderes. Denn nun wird es in Auseinandersetzung mit der liberalen Diskursivität formuliert, in der individuelle Freiheits- und Menschenrechte betont werden und mit der die Trennung zwischen Kirche und Staat wie auch zwischen einem privaten und einem öffentlichen Raum genauso durchgesetzt wurde wie die Idee des Rechtsstaats. All das sei der liberalen, nicht der demokratischen Tradition entsprungen, deren zentrale Werte der Gleichheit und Volkssouveränität der liberalen Tradition gegenüber heterogen sind, in gewissem Ausmaß sogar quer zu letzterer stehen. Was also modern an der modernen Demokratie ist, das ist die Artikulation zweier heterogener Traditionen: der liberalen, die nicht notwendigerweise demokratisch ist, und der demokratischen, die nicht notwendigerweise liberal ist:

»On one side we have the liberal tradition constituted by the rule of law, the defence of human rights and the respect of individual liberty; on the other the democratic tradition whose main ideas are those of equality, identity between governing and governed and popular sovereignty. There is no necessary relation between those two distinct traditions but only a contingent historical articulation. Through such an articulation, as C. B. MacPherson was keen to emphasize, liberalism was democratized and democracy liberalized. Let's not forget that, while we tend today to take the link between liberalism and democracy for granted, their union, far from being a smooth process, was the result of bitter struggles.« (2000: 2 f.)

Mit ihrem Hinweis zielt Mouffe auf eine Wiederbewusstmachung der kontingenten Natur dieser Artikulation, denn heute werde Demokratie fast ausschließlich mit der Verteidigung des Rechtsstaats und der Menschenrechte identifiziert, während das Element der Volkssouveränität als obsolet gelte (4). Von einem »Demokratiedefizit« könne vor allem deshalb gesprochen werden, weil selbst noch die liberale Demokratieversion ihre Legitimität aus der Idee der Volkssouveränität zieht, auf die sich, wird sie vom politischen Mainstream ad acta gelegt, schließlich rechtspopulistische Politiker beziehen, um sie gegen die Institutionen liberaler Demokratie zu wenden. Mouffe spricht sich also nicht gegen liberal-demokratische Institutionen (des Rechtsstaats etc.) aus, ja sie verlangt sogar deren Festigung angesichts des Erfolgs europäischer Rechtspopulisten. Sie weist darauf hin, dass die gegenwärtige Demokratieversion liberaler Prägung, die bis zur weitgehenden Verwerfung der Idee der Volkssouveränität führte, selbst den Weg für deren rechtspopulistische Reartikulation geöffnet hat. So löst sich das »Volk«-als-Souverän keineswegs in den institutionellen Prozeduren liberaler Demokratie restlos auf, sondern es kehrt wieder in völk-

scher Gestalt. Die Verwerfung demokratischer Volkssouveränität ebnet der Rückkehr, lefortianisch gefasst, eines scheinbar nicht-dekorporierten »Volkskörpers« den Weg: der *demos* verwandelt sich in den *ethnos*. Wenn aber moderne Demokratie durch die *gemeinsame* Artikulation von liberaler und demokratischer Logik charakterisiert ist, dann kann weder Volkssouveränität grenzenlos, das heißt, uneingeschränkt durch liberale Institutionen herrschen (insofern, so muss man schließen, richtet sich die von rassistischen Parteien angestrebte Aushebelung der liberalen Institutionen der Menschenrechte und des Rechtsstaats nicht allein gegen die liberale Tradition, sondern letztlich auch gegen die mit dieser artikulierten demokratische), noch können liberale Institutionen ohne das demokratische Prinzip der Volkssouveränität ihr Auslangen [**Auskommen? XXX**] finden. Wenn also Mouffe sagt, die moderne Demokratie gründe auf einem Paradoxon, dann besteht deren paradoxe Natur genau darin, dass beide Logiken, liberale und demokratische, in letzter Instanz unvereinbar bleiben und doch unter modernen Bedingungen miteinander artikuliert werden müssen – bei Strafe des Niedergangs der liberalen Demokratie, das heißt, moderner Demokratie als solcher.

Mouffes Argument, das letztlich als Argument für eine demokratische Gegenhegemonie verstanden werden kann, insofern es für die Stärkung des demokratischen Elements der Volkssouveränität innerhalb des Frameworks liberaler Institutionen plädiert, verfährt nach wie vor hegemonietheoretisch, auch wo es in die internationalen Debatten politischer Philosophie, besonders jene zwischen Kommunitarismus und Liberalismus, interveniert und sich ihnen terminologisch angleicht. Denn Mouffe insistiert, dass das demokratische Paradoxon, also die unauflösbare Spannung zwischen der liberalen und der demokratischen »Grammatik« moderner Demokratie, in seinem (Un-)Gleichgewicht jeweils neu ausgehandelt wird:

»This is why the liberal-democratic regime has constantly been the locus of struggles which have provided the driving force of historical political developments. The tension between its two components can only be temporarily stabilized through pragmatic negotiations between political forces which always establish the hegemony of one of them« (5).

Gegenwärtig hat sich das hegemoniale Verhältnis deutlich zugunsten der liberalen Seite und bis hin zur Unkenntlichkeit der demokratischen verschoben. Und war bis vor kurzem die Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit öffentlich noch halbwegs bewusst, so ist mit der Stabilisierung der Hegemonie des Neoliberalismus – mitsamt seiner Dogmen von den Segnungen des freien Spiels der Marktkräfte, in die man nicht eingreifen dürfe, sowie dem unveräußerlichen Recht auf Eigentum – nicht nur das Bewusstsein von der Notwendigkeit jener »anderen Seite« der Volkssouveränität geschwunden, sondern das Bewusstsein von der Möglichkeit einer Alternative zur hegemonialen Machtkonfiguration überhaupt. Wo dieses Bewusstsein aber verschwindet, so Mouffe, dort verschwindet auch die Möglichkeit der Formulierung legitimen Widerstands gegen die herrschenden Machtverhältnisse.

Diese Naturalisierung neo-liberaler Hegemonie zum »only game in town« drückt sich symptomatisch aus in der blairistischen Politik des »Dritten Weges« und der weitgehenden Übernahme neo-liberaler Dogmen durch die europäische Sozialdemokratie. Statt die neo-liberal gefestigten Machtverhältnisse zu thematisieren und auf-

zuberechnen, begnügt sich die heutige Sozialdemokratie mit kleinen Adjustierungen im hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus. Hinzu kommt, dass die Verleugnung des Antagonismus und der Legitimität von Konflikt durch die Politik des »Dritten Weges« zugleich depolitisiert und ent-demokratisierend wirkt. Die das Imaginäre der demokratischen Revolution definierende Ausweitung der Räume der Freiheit und Gleichheit kann nur das Ergebnis emanzipatorischer Kämpfe sein. Wo jedoch die Legitimität politischer Antagonismen als solche in Frage gestellt wird, dort finden diese Kämpfe keinen Ansatzpunkt mehr. Die mit der Verleugnung des Antagonismus einhergehende Depolitisierung schafft somit zugleich die Voraussetzung für einen potentiellen Stop und schließlich Rückbau der demokratischen Revolution. Diese »post-politische Vision« ignoriere, so Mouffe (2005), dass die Spezifik moderner Demokratie in der Anerkennung von Konflikt besteht, nicht in dessen Verleugnung. Aus linker Perspektive müsse das agonistische Element der Demokratie erneut betont werden; zugleich müsse ein linkes Projekt nach wie vor aus der Verknotung einzelner emanzipatorischer Kämpfe erwachsen. So kommt sie zu einer Schlussfolgerung, in der nochmals die analytische, die strategische und die perspektivisch-projektive Seite der Hegemonietheorie zusammengeführt werden:

»Wir müssen daher im Sinne der Erzeugung einer neuen Hegemonie denken, im Sinne einer breiten und langfristigen historischen Perspektive. Das erfordert ein Verständnis des Terrains, auf dem man operiert. Man muss aber auch die eigenen politischen Antworten deutlich machen, die man angesichts dieser neuen Umstände vorschlägt, um ein linkes politisches Projekt unter veränderten globalen Bedingungen zu entwickeln. Die Zukunft radikaler Politik hängt von dieser Frage ab. Es gibt eine Alternative, und es ist Zeit, den historischen Block zu formen, der diese neue Hegemonie etabliert.« (2005: 63)

Eine solche Gegenhegemonie, so muss man schließen, kann vernünftigerweise nicht *gegen* die demokratische Revolution gerichtet sein. Sie muss die stärker werdenden Tendenzen der *Entdemokratisierung* vieler Lebensbereiche bekämpfen. Wenn also vom Aufbau einer »demokratischen Gegenhegemonie« die Rede ist, dann geht es nicht um den Aufbau einer Gegenhegemonie *zur* Demokratie, sondern um eine gegenhegemoniale Strategie der Demokratisierung *von* Demokratie.

4. Literatur

- Critchley, Simon / Marchart, Oliver (2004): »Introduction«, in dies. (Hg.), *Laclau. A Critical Reader*. London/New York, 1-13.
- Hall, Stuart (1991): »Gramsci and Us«, in: Roger Simon: *Gramsci's Political Thought*. London, 114-130.
- Hetzel, Andreas (2004): »Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie«, in: Oliver Flügel / Reinhard Heil / Andreas Hetzel (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt, 185-210.
- Jörke, Dirk (2004): »Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe«, in: Oliver Flügel / Reinhard Heil / Andreas Hetzel (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt, 164-184.

- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus*. Berlin.
- (1990): *New Reflections On the Revolution of Our Times*. London / New York.
- (2002): *Emanzipation und Differenz*. Wien.
- Lechte, John (1994): »Post-Marxism«, in (ders.): *Fifty Key Contemporary Thinkers*. London/New York.
- Marchart, Oliver (1994): »Diskurs – Hegemonie – Antagonismus. Zur politischen Diskursanalyse von Laclau und Mouffe«, in: *Mesotes. Zeitschrift für philosophischen Ost-West-Dialog* 2/1994, 166-175.
- (Hg.) (1998): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien.
- (2002): »Demonstrationen des Unvollendbaren. Politische Theorie und radikaldemokratischer Aktivismus«, in Okwui Enwezor (Hg.): *Demokratie als unvollendeter Prozess – Plattform I der Documenta 11*. Ostfildern, 291-306.
- (2003): »Die Jakobiner, der Mai und die Demokratie. Anmerkungen zum Phantasma und imaginären Horizont von Emanzipation«, in *diskus* 2.03, 52. Jhg. (Oktober), 23-29.
- (2007, im Erscheinen): *Post-Foundational Political Theory. Political Difference in Nancy, Lefort, Badiou, Laclau*. Edinburgh.
- Mouffe, Chantal (Hg.) (1992): *Dimensions of Radical Democracy. Pluralism, Citizenship, Community*. London / New York.
- (1993): *The Return of the Political*. London / New York.
- (2000): *The Democratic Paradox*. London / New York.
- (2005): *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Wien.
- Mouzelis, Nicos P. (1990): *Post-Marxist Alternatives*. London
- Smith, Anna Marie (1998): *Laclau and Mouffe. The Radical Democratic Imaginary*. London / New York.
- Stäheli, Urs (2001): »Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe«, in André Brodocz / Gary S. Schaal (Hg.): *Politische Theorien der Gegenwart II*. Opladen, 193-224.